Gesellschaftsvertrag

der

Münsterland Infrastruktur Verwaltungsgesellschaft mbH

1. FIRMA UND SITZ DER GESELLSCHAFT

- 1.1 Die Gesellschaft führt die Firma
"Münsterland Infrastruktur Verwaltungsgesellschaft mbH"
- 1.2 Sitz der Gesellschaft ist Lüdinghausen.

2. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Münsterland Infrastruktur Holding GmbH & Co. KG.

3. GESCHÄFTSJAHR UND BEGINN DER GESELLSCHAFT

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Die Gesellschaft beginnt mit ihrer Gründung und ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

4. STAMMKAPITAL

- 4.1 Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 28.000,00 (in Worten: achtundzwanzigtausend Euro).

An dem Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt die:

Gemeinde Ascheberg

Stadt Billerbeck

Gemeinde Havixbeck

Stadt Lüdinghausen

Gemeinde Nordkirchen

Stadt Olfen

Gemeinde Rosendahl

Gemeinde Senden

jeweils mit einem Kapitalanteil in Höhe von EUR 3.500,00 (Euro dreitausendfünfhundert);

- 4.2 Die Stammeinlagen der Gesellschafterinnen wurden in bar geleistet.
- 4.3 Die Gesellschafter werden ihre Geschäftsanteile voll einbezahlt und frei von Rechten Dritter in der gesetzlich vorgeschriebenen Form auf die Münsterland Infrastruktur Holding GmbH & Co. KG, an der die Gesellschafter sich sämtlich als Kommanditisten beteiligen, unverzüglich nach deren Eintragung ins Handelsregister übertragen.

5. ZUSAMMENSETZUNG, VORSITZ UND EINBERUFUNG DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

- 5.1 Die Gesellschafterversammlung wird nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Geschäftsjahr als ordentliche Gesellschafterversammlung, auf Wunsch eines Gesellschafters durch die Geschäftsführung schriftlich durch eingeschriebenen Brief, durch Telefax oder E Mail unter Mitteilung der Tagesordnung und Übersendung der dazugehörigen Unterlagen einberufen. Zwischen dem Tag der Aufgabe dieses eingeschriebenen Briefs zur Post oder der Absendung des Telefaxes oder der E-Mail und dem Tag der Versammlung müssen mindestens 14 Kalendertage liegen. Für die Berechnung der Frist ist der Tag der Absendung der Einladung maßgebend. In dringenden Fällen kann auch mit einer kürzeren Frist eingeladen werden.
- 5.2 Über jede Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die sämtliche in der Gesellschafterversammlung gefassten Beschlüsse mit ihrem Wortlaut enthalten muss. Die Niederschrift über die Gesellschafterversammlung ist von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer - beide sind von der Gesellschafterversammlung mit Mehrheit aller abgegebenen Stimmen zu wählen - zu unterschreiben. Der Vorsitzende ist zugleich befugt, Beschlüsse der Gesellschafterversammlung festzustellen. Die Niederschrift soll den Gesellschaftern innerhalb von 6 Wochen nach der Sitzung bzw. der Beschlussfassung in einfacher Kopie übersandt werden.
- 5.3 Die Fehlerhaftigkeit der Niederschrift ist innerhalb von 2 Wochen nach Zugang der Niederschrift bei dem betroffenen Gesellschafter schriftlich zu Händen des Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung geltend zu machen (nachfolgend „Protokollrüge“). Hilft dieser der Protokollrüge nicht innerhalb von 2 Wochen durch Übersendung einer korrigierten Niederschrift ab, so kann der rügende Gesellschafter innerhalb von weiteren 3 Wochen Klage erheben. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn innerhalb der vorgenannten Fristen keine Protokollrüge eingereicht bzw. Klage erhoben wird.
- 5.4 Die Unwirksamkeit eines Gesellschafterbeschlusses kann nur binnen einer Ausschlussfrist von

zwei Monaten nach Empfang der Abschrift der Niederschrift durch Klage geltend gemacht werden. Nach Ablauf der Frist gilt ein etwaiger Mangel als geheilt.

6. AUFGABEN DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere folgende Angelegenheiten, gleichgültig ob die nachfolgenden Maßnahmen unmittelbar für und gegen die Gesellschaft selbst gelten sollen oder ob es sich um Maßnahmen, die die Gesellschaft als Vertreterin für einen anderen treffen will:

- (a) Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und-herabsetzungen,
- (b) die Auflösung der Gesellschaft;
- (c) Feststellung des Wirtschaftsplans;
- (d) die Feststellung des Jahresabschlusses;
- (e) die Verwendung des Ergebnisses;
- (f) die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer;
- (g) der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen; und
- (h) Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 AktG
- (i) Wahl des Abschlussprüfers, sofern dieser in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu benennen ist

7. GESCHÄFTSFÜHRUNG UND VERTRETUNG DER GESELLSCHAFT

7.1 Die Gesellschaft hat eine/-n oder mehrere Geschäftsführer. Die Abberufung erfolgt - außer aus wichtigem Grund - durch Gesellschafterbeschluss mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen.

7.2 Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Bei Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer kann die Gesellschafterversammlung einem oder mehreren Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen und im Einzelfall Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB.

7.3 Die Gesellschafterversammlung kann einen Katalog von Geschäften aufstellen, welche der

Geschäftsführer nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung der Gesellschafterversammlung vornehmen darf. Das kann auch in einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geschehen.

8. AUFGABEN UND ZUSTÄNDIGKEIT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung erledigt die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, dieses Gesellschaftsvertrages, ihres Wirtschaftsplanes sowie der Weisungen der Gesellschafterversammlung.

9. WIRTSCHAFTSPLAN

9.1 Der Wirtschaftsplan beinhaltet den Erfolgs- und Finanzplan. Darüber hinaus ist eine fünfjährige Finanzplanung zu erstellen. Die Pläne werden den an der Gesellschafterin beteiligten Kommunen zur Verfügung gestellt.

9.2 Die Geschäftsführung hat so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan aufzustellen, dass die Gesellschafterversammlung noch vor Beginn des Geschäftsjahres über den Wirtschaftsplan entscheiden kann.

10. JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT/BESTELLUNG DES WIRTSCHAFTSPRÜFERS

10.1 Der Jahresabschluss und der etwaige Lagebericht sind von der Geschäftsführung entsprechend den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften aufzustellen. In dem Lagebericht, sofern dieser in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu erstellen ist, ist auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und die Zweckerreichung entsprechend § 108 Abs. 2 Ziffer 2 GO NW einzugehen.

10.2 Der Jahresabschluss und der Lagebericht, sofern dieser in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu erstellen ist, werden nur dann einer externen Prüfung durch einen/eine Wirtschaftsprüfer/-in bzw. durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unterzogen, wenn dies in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches notwendig ist. Die in § 112 GO NW aufgeführten Informations- und Prüfungsrechte gem. Haushaltsgrundsätzegesetz bleiben unberührt.

10.3 Die Gesellschafterversammlung hat innerhalb von elf Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung zu beschließen.

10.4 Den Gesellschaftern stehen - unbeschadet der Rechte nach § 51 a GmbHG - die Befugnisse gemäß § 112 GO NW zu.

11. OFFENLEGUNG

Die Offenlegung des Jahresabschlusses und des etwaigen Lageberichtes richtet sich nach den maßgeblichen Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Darüber hinaus ist die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der etwaigen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten ortsüblich bekannt zu machen, gleichzeitig ist der Jahresabschluss und der etwaige Lagebericht auszulegen und in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

12. LEISTUNGSVERKEHR MIT GESELLSCHAFTERN

- 12.1 Der Leistungsverkehr zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern sowie diesen nahestehenden Personen hat sich bei sämtlichen Rechtsgeschäften nach den steuerlichen Grundsätzen über die Angemessenheit von Leistung und Gegenleistung zu richten.
- 12.2 Verstoßen Rechtsgeschäfte oder Rechtshandlungen gegen Ziff. 12.1, so sind sie insoweit unwirksam, als den dort genannten Personen ein Vorteil gewährt wird. Der/die Begünstigte ist verpflichtet, der Gesellschaft Wertersatz in Höhe des ihm/ihr zugewandten Vorteils zu leisten.
- 12.3 Besteht aus Rechtsgründen gegen einen einem Gesellschafter nahestehenden Dritten kein Ausgleichsanspruch oder ist er rechtlich nicht durchsetzbar, so richtet sich der Anspruch gegen den Gesellschafter, dem der Dritte nahe steht.
- 12.4 Ob und in welcher Höhe ein geldwerter Vorteil entgegen der Bestimmung des Ziff. 12.1 gewährt worden ist, steht mit den Rechtsfolgen der Ziff. 12.2 nach einer rechtskräftigen Feststellung der Finanzbehörde oder eines Finanzgerichts für die Beteiligten fest.

13. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- 13.1 Sollte eine Bestimmung dieses Gesellschaftsvertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte dieser Gesellschaftsvertrag Lücken enthalten, wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. In einem solchen Fall gilt anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke eine Regelung, die, soweit rechtlich zulässig, dem am nächsten kommt, was die Vertragschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Gesellschaftsvertrages gewollt hätten, wenn sie den Punkt bedacht hätten.
- 13.2 Die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich im elektronischen Bundesanzeiger.
- 13.3 Den gesellschaftsrechtlichen Gründungsaufwand bis zu einer Höhe von € 1.500,00 insbesondere Notar- und Gerichtskosten (Beurkundung, Anmeldung, Eintragung,

Bekanntmachung, Grundbucheintragung oder -berichtigung) trägt die Gesellschaft .

13.4 Die Gesellschaft wird die Vorschriften des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern NRW - Landesgleichstellungsgesetz (LGG) anwenden. Die Funktionsbezeichnungen dieses Vertrages werden in weiblicher oder männlicher Form geführt.

Ascheberg, den

für die Gemeinde Ascheberg

Billerbeck, den

für die Stadt Billerbeck

Havixbeck, den

für die Gemeinde Havixbeck

Lüdinghausen, den

für die Stadt Lüdinghausen

Nordkirchen, den

für die Gemeinde Nordkirchen

Olfen, den

für die Stadt Olfen

Rosendahl, den

für die Gemeinde Rosendahl

Senden, den

für die Gemeinde Senden